

**Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche  
Ordnung und Bevölkerungsschutz  
am Dienstag, dem 15.11.2022, im Großen Ausschusszimmer des  
Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum C 4.26)**

**Beginn: 09:00 Uhr  
Ende: 10:50 Uhr**

		Seite
	<b><u>I. Öffentlicher Teil</u></b>	
1.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	4
2.	Bericht zur Vorbereitung auf eine mögliche Energemangellage	<b>177/2022</b> 5 – 6
3.	Planungsstand Zentrum für Bevölkerungsschutz	<b>180/2022</b> 7 – 8
4.	Anpassung des Rettungsdienstbedarfsplanes	<b>178/2022</b> 9 – 10
5.	Neufassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Einrichtung des Rettungsdienstes des Kreises Warendorf	<b>198/2022</b> 11
6.	Vorbereitung von Entscheidungen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen, hier: Beratung des Budgets der Kreispolizeibehörde, des Am- tes für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Stra- ßenverkehr und des Veterinär- und Lebensmit- telüberwachungsamtes für 2023	<b>179/2022</b> 12 – 13

**Anwesend:**

<b>Ausschussmitglieder</b>	
Blömker, Franz-Ludwig	
Dinter, Dennis	
Dufhues, Hannelore	
Gerwing, Theresia	
Kaup, Winfried	
Kühnel, Andreas	
Luster-Haggeney, Rudolf	
Marx, Burkhard	
Maschelski-Werning, Sophia	
Mindermann, Ursula	
Poppenberg, Bernhard	
Rosenbaum, Ulf	
Starke, Dennis	
Termühlen, Hildegard	
Thiel, Joachim	
Werner, Olaf Martin	
<b>stellv. Ausschussmitglieder</b>	
Aydemir, Ergül	
<b>von der Verwaltung</b>	
Altenseuer, Udo	
Gottmann, Heinz-Jürgen	zu TOP 1 – 3
Holtstiege, Ralf	
Kleier, Ulrike	
Schreier, Petra	
Witte, Andreas, Dr.	zu TOP 6

**Es fehlten entschuldigt:**

<b>Ausschussmitglieder</b>
Koch, Karsten
Ströse, Dana
von Ketteler, Friedrich-Carl

Frau Maschelski-Werning eröffnet um 09.00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses für öffentliche Ordnung und Bevölkerungsschutz sowie die Vertreter der Presse.

Sie stellt fest, dass der Ausschuss form- und fristgerecht einberufen worden ist.

<b>I. Öffentlicher Teil</b>
-----------------------------

<b>1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner</b>	
--	--

Auf Nachfrage der Vorsitzenden meldet sich keine Einwohnerin / kein Einwohner zu Wort.

<b>2.</b>	<b>Bericht zur Vorbereitung auf eine mögliche Energiemangel- lage</b>	<b>177/2022</b>
-----------	---	-----------------

Frau Schreier erläutert die Vorkehrungen, die seitens des Kreises Warendorf hinsichtlich einer möglichen Energiemangellage getroffen wurden. Der Sensibilisierungserlass des Landes NRW ist auf einen möglichen Stromausfall von 72 Stunden ausgerichtet. Auf dieser Grundlage wurde bereits im Juli die Arbeitsgruppe Energiesicherheit eingerichtet, in der neben dem Kreis Warendorf auch Kommunen, Verbände und beispielsweise die Landwirtschaft mitwirken. In diesem Zusammenhang haben bereits Gespräche mit den Ordnungsbehörden, den Energie- und Wasserversorgern, der Bundeswehr, den Hilfsorganisationen, den Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen stattgefunden. Der Kreis Warendorf wirkt im Ausschuss für Bevölkerungsschutz des Landkreistages NRW mit, so dass auch hier ein enger Austausch möglich ist.

Um unter anderem die Handlungsfähigkeit des Krisenstabes sowie des Stabes der Einsatzleitung sicherzustellen, wird das Kreishaus betriebsbereit gehalten. Hierzu wurde die Möglichkeit zur Umstellung der Heizungsanlage von Gas auf Öl geschaffen. Die systemrelevanten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden bereits vorab informiert. Darüber hinaus sind der Betrieb der Leitstelle, der Rettungswachen und der Kreispolizeibehörde sichergestellt. Mit einer Tankstelle in Warendorf wurde ein Liefervertrag für Heizöl abgeschlossen. Weiterhin wurden die Versorgung des Rettungsdienstes, der Katastrophenschutzfahrzeuge, des Bauhofes und der Netzersatzanlagen mit Kraftstoff sowie dessen Transport vertraglich geregelt. Im Falle einer Bundes- oder Landeszuweisung von Kraftstoff stehen 15 Tanklastzüge für die Abholung zur Verfügung. Zur Verpflegung der Einsatzkräfte und der systemrelevanten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden Verträge mit notstromversorgten Märkten abgeschlossen.

Für die Kommunikation wurden Satellitentelefone und Antennen beschafft, weitere Geräte befinden sich aktuell im Zulauf. Das kreiseigene Alarmierungssystem ist über die Notstromeinspeisung oder Brennstoffzellen abgesichert. Zur Verbindung mit Radio WAF wurde eine Feldkabelstrecke erprobt. Die Erprobung stieß auch seitens der Bevölkerung auf ein positives Echo. Nach Auskunft von Radio WAF ist eine Erreichbarkeit von rund 80% des Kreisgebietes über Notstrom sichergestellt.

Das Kreishaus ist von Weihnachten bis Neujahr zur Energieeinsparung geschlossen, lediglich die Kfz-Zulassungsstelle in Beckum und die Ausländerbehörde in Ahlen sind eingeschränkt geöffnet. Mit den Kommunen findet ein Austausch zur Einrichtung von Betreuungsstellen und Notrufmeldestellen statt. Zudem sollen Trinkwasser-Ausgabestellen vorgeplant werden. Durch den Kreis Warendorf wurden vier mobile Trinkwasser-Verteilstationen beschafft. Zum Transport von Trinkwasser wurden Verträge zur Bereitstellung von Milch-Transport-Fahrzeugen abgeschlossen.

Wichtig ist zudem die Sensibilisierung der Bevölkerung. Hierzu befindet sich ein Flyer in Vorbereitung. Zudem muss insbesondere auch der Winter 2023/2024 im Auge behalten werden, da die Auffüllung der Gasspeicher bis dahin noch nicht sichergestellt ist. Hier gilt die Regel, dass jeder Bürger durch sein Verhalten auch ein Bevölke-

rungsschützer ist. Aus diesem Grund ist eine Wanderausstellung zum Bevölkerungsschutz in Vorbereitung, um die Bürgerinnen und Bürger, z. B. hinsichtlich der Bevorratung mit Lebensmitteln, Trinkwasser und notwendigen Medikamenten, zu sensibilisieren.

An jedem ersten Samstag im Monat findet ein Sirenenprobealarm statt, um die Warnsignale wieder mehr ins Bewusstsein zu rücken. Aktuell existieren im Kreis Warendorf 75 stationäre Sirenen, zusätzlich sind noch mobile Anlagen vorhanden. Frau Schreier weist darauf hin, dass es keinen Anlass zur Panik gibt, eine gute Vorbereitung aber dennoch wichtig ist, ebenso wie die Solidarität innerhalb der Bevölkerung.

Frau Maschelski-Werning dankt für die Ausführungen.

Herr Blömker verweist darauf, dass Selbsthilfefähigkeit und Solidarität wichtig zur Bewältigung einer möglichen Krise sind. Die Kooperation mit den Milchwerken zur Sicherstellung des Transports von Trinkwasser hat sich bereits in der Vergangenheit als probates Mittel erwiesen. Er fragt darüber hinaus nach der Unterstützung bei der Mobilität zum Erreichen von Betreuungsstellen. Frau Schreier führt hierzu aus, dass eine Zusage der Westfälischen Verkehrsgesellschaft zur Stellung von Bussen vorliegt, diese allerdings nur auf Anforderung eingesetzt würden. Auch hierfür wurde ein Diesellokontingent vorgesehen. Zudem verweist Herr Blömker auf die hohe Bedeutung der gegenseitigen Unterstützung innerhalb der Bevölkerung.

Frau Mindermann fragt nach den Möglichkeiten der Information von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern. Frau Schreier verweist darauf, dass die Medienkampagne mehrsprachig ausgelegt ist. Herr Holtstiege betont, dass die Funktion von Dolmetschern innerhalb der ausländischen Bevölkerung unabdingbar ist, um die Informationen zu vermitteln.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

**3. Planungsstand Zentrum für Bevölkerungsschutz**

**180/2022**

Frau Maschelski-Werning erläutert, dass der Kreistag im vergangenen Jahr der Verwaltung den Auftrag erteilt hat, Optionen für die Unterbringung von Katastrophenschutzmaterial und –fahrzeugen zu erarbeiten.

Frau Schreier führt hierzu aus, dass man zwischenzeitlich die Lösungsoptionen Bau und Anmietung von Liegenschaften betrachtet habe. Im vergangenen Jahr seien der Krieg in der Ukraine sowie die drohende Energiemangellage noch nicht vorhersehbar gewesen. Sie stellt die Anforderungen anhand einer Präsentation (Anlage 1) vor. Bei den vergangenen Lagen hat es im Kreis Warendorf keine geeigneten Räumlichkeiten gegeben. Daher hat man seitens der Verwaltung die Bevölkerungsschutzzentren im Hochsauerlandkreis, im Kreis Minden-Lübbecke und in Mettmann besichtigt. Dabei hat sich herausgestellt, dass es sich hierbei um jeweils sehr individuelle Objekte handelt. Wichtig bei der Planung sei auch die Anbindung des Krisenstabes, des Stabes der Einsatzleitung und der Polizei. Eine Anmietung von Gebäuden kommt daher nicht in Betracht, so dass man sich Gedanken über einen Neubau gemacht hat. Die Anforderungen an das Raumprogramm erläutert Frau Schreier im Rahmen der Präsentation. Im Jahr 2023 ist die Einbeziehung eines Fachplaners zur Schärfung der Nutzerbedarfsermittlung vorgesehen. Hierzu sind entsprechende finanzielle Mittel im Budget des Amtes für Hochbau und Immobilienmanagement eingeplant. Die Planungen erfolgen in enger Abstimmung mit dem Amt für Hochbau und Immobilienmanagement.

Frau Maschelski-Werning dankt für die Ausführungen und weist auf die Chancen hin, die ein Zentrum für Bevölkerungsschutz bietet. Im nächsten Jahr müsse sich der Ausschuss für öffentliche Ordnung und Bevölkerungsschutz daher die erforderliche Zeit für die Beratung nehmen.

Frau Schreier erklärt, dass im nächsten Jahr die Planung vorgesehen ist, die Umsetzung wird mindestens vier Jahre in Anspruch nehmen.

Herr Poppenberg fragt nach der Größe des Grundstücks im Bereich der Waldenburger Straße. Frau Schreier erklärt hierzu, dass das Grundstück im Kreiseigentum eine Größe von rund 11.000 m<sup>2</sup> aufweist, jedoch nur eine mögliche Option darstelle. Hierzu seien neben der Größe auch immissionsrechtliche Aspekte zu betrachten. Herr Holtstiege führt hierzu weiter aus, dass aufgrund der sehr individuellen Ausgestaltung derzeit noch keine Rückschlüsse auf die erforderliche Grundstücksgröße möglich sei.

Herr Kühnel erklärt, dass die CDU das Projekt unterstützt, um dem Katastrophenschutz die erforderliche Bedeutung beizumessen.

Herr Starke weist darauf hin, dass auch die SPD das Projekt unterstützt. Die Nähe zum Kreishaus stellt aus seiner Sicht möglicherweise eine Einschränkung hinsichtlich der Redundanz dar. Daher bat er darum, auch eine mögliche Dezentralisierung zu betrachten.

Herr Werner begrüßt ebenfalls das Vorantreiben des Katastrophenschutzes. Auch er verweist auf die Bedeutung einer Redundanz. Herr Holtstiege erklärt, dass der Krisenstab und der Stab der Einsatzleitung gegebenenfalls in externen Liegenschaften tätig werden müssen, wenn die Liegenschaften des Kreises Warendorf im Schadensfall nicht zur Verfügung stehen. Herr Gottmann weist ebenfalls auf die Möglichkeit hin, mit dem Krisenstab und dem Stab der Einsatzleitung bei Bedarf in einer anderen Stadt oder in einem Nachbarkreis tätig zu werden.

Zudem weist Herr Werner darauf hin, dass neben den Räumlichkeiten für den Krisenstab und den Stab der Einsatzleitung die Versorgung der Bevölkerung zu beachten ist. Frau Schreier erklärt hierzu, dass die Versorgung der Bevölkerung im Schadensfall dezentral durch die Städte und Gemeinden erfolgen müsse.

Frau Gerwing begrüßt die Einbindung eines Fachplaners. Wichtig sei, dass die Räumlichkeiten unverzüglich zur Verfügung stünden. Insofern sei der Einrichtung eines Zentrums für Bevölkerungsschutz eine hohe Bedeutung beizumessen.

Herr Blömker betont, dass viele wichtige Aspekte zu betrachten seien. Daher sei die weitere Erarbeitung des Konzeptes durch den Fachplaner abzuwarten.

Herr Thiel setzt große Hoffnungen auf die Planungen in der ersten Phase, die unterschiedliche Gedanken zusammenbringen muss. Wichtig ist ihm das Vorantreiben der Planungen, insbesondere vor dem Hintergrund der sich verändernden Bedrohungslagen.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

**4. Anpassung des Rettungsdienstbedarfsplanes**

**178/2022**

Frau Schreier stellt die erforderlichen Anpassungen des Rettungsdienstbedarfsplanes anhand einer Präsentation (Anlage 2) vor.

Vorgesehen ist die Festschreibung des RTW-Standortes Beelen, der in der Vergangenheit erprobt wurde. Die Rettungswache wurde bisher in verschiedenen Provisorien untergebracht. Vorgesehen ist nunmehr ein Neubau. Träger der Rettungswache wird die Stadt Warendorf.

Zudem soll landesweit ein Telenotarztsystem eingeführt werden. Die Aufnahme des Echtbetriebes ist derzeit für Ende 2023 vorgesehen. Ein Beschluss zur Gründung einer Trägergemeinschaft zur Einführung eines Telenotarztsystems ist bereits in der Kreistagssitzung am 28.10.2022 erfolgt. Das umfangreiche Vergabeverfahren wird durch die Stadt Münster durchgeführt.

Weiterhin ist die Anpassung der Notfallsanitäter-Ausbildung erforderlich. Für die Besetzung der kreisweit acht Notarzt-Einsatzfahrzeuge und 23 Rettungswagen sind 192 Notfallsanitäter erforderlich. Der Kreis Warendorf verfügt an den Rettungswachen in eigener Trägerschaft aktuell über 72 Notfallsanitäter. Auch um einem Fachkräftemangel entgegenzuwirken werden jährlich sechs Auszubildende für den Beruf des Notfallsanitäters eingestellt.

Frau Schreier erklärt, dass im Jahr 2023 die Untersuchung des Rettungsdienstes vorgesehen ist. Der aktuelle Plan basiert auf Zahlen aus dem Jahr 2018, die letzten Einsatzsteigerungen sind damit noch nicht berücksichtigt.

Herr Blömker weist darauf hin, dass die SPD die Änderungen in jedem Punkt unterstützt. Der Standort in Beelen sei gut, die Ausbildung wichtig. Auch die Einführung des Telenotarztsystems sei eine gute Entwicklung. Darüber hinaus bittet Herr Blömker darum, die Situation der rettungsdienstlichen Versorgung in Everswinkel im Blick zu behalten.

Herr Thiel dankt insbesondere für die weitsichtige Ausbildung, um einem Fachkräftemangel vorzubeugen. Die Einführung des Telenotarztsystems sei ein weiterer Baustein zur Digitalisierung. Der rettungsdienstlichen Versorgung der Bevölkerung sei eine hohe Bedeutung beizumessen.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Rettungsdienstbedarfsplan des Kreises Warendorf vom 19.06.2020 wird entsprechend der beiliegenden Anlage geändert. Die Anlage A.1 zur Notfallsanitäterausbildung wird fortgeschrieben und die Anlage A.2 zum Betrieb eines Telenotarzt-systems dem Rettungsdienstbedarfsplan neu hinzugefügt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja	17
Nein	0
Enthaltung	0
Befangen	0

<b>5.</b>	<b>Neufassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Einrichtung des Rettungsdienstes des Kreises Warendorf</b>	<b>198/2022</b>
-----------	---	-----------------

Frau Kleier erläutert die Neufassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Einrichtungen des Rettungsdienstes des Kreises Warendorf. Im Jahr 2023 sind Erträge in Höhe von 12,7 Mio. Euro vorgesehen, im laufenden Jahr liegt der Ansatz bei 11,9 Mio. Euro. Neben steigenden Einsatzzahlen und der Einführung des Telenotarztsystems wurde auch ein OVG-Urteil aus Mai 2022 zu § 6 des Kommunalabgabengesetzes berücksichtigt. Die Krankenkassen wurden bereits über die Neufassung der Satzung informiert. Bei Bedarf erfolgt noch ein weiterer Austausch mit den Krankenkassen. Zudem sind in die Kalkulation Defizite aus der Unterdeckung in Höhe von 231.000 Euro eingeflossen.

Herr Holtstiege ergänzt, dass neben einer leichten Ausweitung des Stellenplans auch Tarifsteigerungen berücksichtigt werden müssen. Zudem seien Medizinprodukte und die Notarzt-Gestellung deutlich teurer geworden.

Herr Thiel fragt hinsichtlich der Diskussion im Rechnungsprüfungsausschuss nach der Inventur im Rettungsdienst. Frau Kleier erklärt hierzu, dass die Inventur aktuell durchgeführt wird.

#### **Beschlussvorschlag:**

1. Der als **Anlage 1** beigefügten Gebührenkalkulation für die Neufassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Einrichtungen des Rettungsdienstes des Kreises Warendorf wird zugestimmt.
2. Die als **Anlage 3** beigefügte Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Einrichtungen des Rettungsdienstes des Kreises Warendorf wird beschlossen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja	17
Nein	0
Enthaltung	0
Befangen	0

6.	<b>Vorbereitung von Entscheidungen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen, hier: Beratung des Budgets der Kreispolizeibehörde, des Amtes für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Straßenverkehr und des Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes für 2023</b>	<b>179/2022</b>
----	--	-----------------

Frau Maschelski-Werning ruft die einzelnen Produkte auf. Fragen zu den Produkten können bei Bedarf gestellt werden.

Herr Poppenberg geht auf den Antrag der FWG-Kreistagsfraktion ein und bittet darum, bei der Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen gegebenenfalls alternative Antriebe zu berücksichtigen. Herr Holtstiege erläutert die Verwendung der Fahrzeuge der Ausländerbehörde und weist darauf hin, dass die erforderlichen Ladezeiten nicht immer sichergestellt werden können. Eine Verschiebung der Beschaffung sei aufgrund der hohen Laufleistung nicht sinnvoll. Herr Kühnel regt an, bei der übernächsten Beschaffung nochmals die Verwendung von Elektrofahrzeugen zu prüfen. Herr Poppenberg stimmt dem Vorschlag zu und erklärt, dass eine Abstimmung über den Antrag nicht erforderlich sei.

Herr Poppenberg geht weiterhin auf die Beschaffung der Rettungsdienstfahrzeuge ein und regt auch hier die Beschaffung von Fahrzeugen mit alternativem Antrieb an. Herr Holtstiege erklärt, dass die Rettungsdienstfahrzeuge bei einem Alter von sechs Jahren oder einer Laufleistung von 250.000 Kilometern ersatzbeschafft werden. Aufgrund der teilweise weiten Strecken zu den Krankenhäusern wird die Laufleistung vor dem Alter erreicht. Rettungsdienstträger in anderen ländlichen Regionen haben bereits Fahrzeuge mit Elektroantrieb getestet, sind aber aktuell noch nicht überzeugt. Dennoch laufe auch weiterhin die Marktbeobachtung in diesem Bereich. Herr Thiel weist darauf hin, dass die Fahrzeugbeschaffungen ein Geschäft der laufenden Verwaltung seien. Herr Luster-Haggeney erklärt, dass aus seiner Sicht Augenmaß bei der Beschaffung nötig sei und die Elektromobilität nur ein Teil der Lösung sein könne. Herr Poppenberg erklärt, dass aus seiner Sicht eine Abstimmung über den Antrag nicht erforderlich sei.

Frau Schreier geht auf die Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen bezüglich der Ausländerbehörde ein und verweist eingangs darauf, dass die Anfrage verfristet eingegangen ist. Sie bittet darum, zukünftig auf die Einhaltung der Fristen zu achten, um der Verwaltung die erforderliche Zeit zur Beantwortung der Fragen zu geben. Frau Schreier erklärt, dass die aktuelle Wartezeit für die Aufnahme der Bearbeitung derzeit bei etwa sechs Monaten liege. Zur zweiten Frage stellt sie fest, dass gegen keines der von der Härtefallkommission des Landes NRW an den Kreis Warendorf gerichteten Ersuchen zur Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis gehandelt wurde. In allen Fällen ist eine aufenthaltsrechtliche Regelung erfolgt oder steht bevor. Herr Holtstiege ergänzt, dass im Jahr 2015 3.775 Flüchtlinge in den Kreis Warendorf gekommen sind. Im Jahr 2022 dürfte sich die Zahl nach aktuellen Hochrechnungen auf 5.575 Personen belaufen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Ausländerbehörde haben auf freiwilliger Basis Samstagarbeit angeboten. Zudem werden Öffnungszeiten zwischen Weihnachten und Neujahr angeboten. Herr Holtstiege hebt das große Engagement aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hervor.

Frau Gerwing bringt ihren Dank für die geleistete Arbeit der Ausländerbehörde zum Ausdruck. Herr Blömker schließt sich dem Dank an und hebt die gute Unterstützung und kompetente Beantwortung von eventuellen Anfragen hervor.

Herr Thiel fragt nach den Überwachungen im Bereich der Tierarzneimittel, der Futtermittel und des Tierschutzes. Herr Dr. Witte erläutert die Prüfverfahren. Neben wenigen Fällen, die über die Medien bekannt werden, gebe es weitere Fälle, die im Rahmen des regulären Verwaltungshandelns bekannt und bearbeitet werden. Die Kontakte zu den Tierhaltern würden auch zu Kontrollen genutzt. Herr Dr. Witte geht auf das umfangreiche Prüfverfahren im Rahmen der Risikobewertung und die Kontrollfristen ein. Der Tierschutz insbesondere bei kranken und verletzten Tieren werde im Rahmen der Kontrollen in allen Fällen berücksichtigt. Seitens des Landes NRW sei darüber hinaus eine einheitliche Verfahrensweise in der Planung.

Frau Termühlen fragt nach der Einschätzung zur Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest. Herr Dr. Witte bringt seine Hoffnung zum Ausdruck, dass der Kreis Warendorf trotz der ständigen Gefahr von der Afrikanischen Schweinepest verschont bleibe. Die Ausbreitung aus den östlichen Bundesländern gehe nur sehr langsam voran. Herr Dr. Witte erklärt, dass eine verlässliche Prognose hierzu jedoch nicht möglich sei.

#### **Beschlussvorschlag:**

Dem Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2023 wird, soweit die Zuständigkeit des Ausschusses für Öffentliche Ordnung und Bevölkerungsschutz gegeben ist, zugestimmt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja	17
Nein	0
Enthaltung	0
Befangen	0

Frau Maschelski-Werning dankt für die konstruktive Mitarbeit. Sie schließt die Sitzung um 10.50 Uhr.



Sophia Maschelski-Werning  
Vorsitzende



Ltd. KRd Petra Schreier  
Schriftführerin